

Firma
Hentschke & Sawatzki KG
Leinestraße 17
24539 Neumünster
(Deutschland)

BMK - V/5 (Chemiepolitik und Biozide)
v5@bmk.gv.at

Alexandra Ortner
Sachbearbeiter:in

ALEXANDRA.ORTNER@BMK.GV.AT
+43 1 71162 612337
Postanschrift: Postfach 202, 1000 Wien
Büroanschrift: Stubenbastei 5, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2023-0.057.255

Wien, 24. Jänner 2023

Für die Bundesministerin:

Mag.Dr. Thomas Jakl

Gegenstand: Verlängerung der Zulassung von Amts wegen für das Biozidprodukt „*MYOCU-RATTIN-ToxChoc*“ gemäß Art. 40 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 in Verbindung mit Art. 5 Abs 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 492/2014

Bescheid

Aufgrund des von der Firma Hentschke & Sawatzki KG, Leinestraße 17, 24539 Neumünster (Deutschland) (im Folgenden „Antragstellerin“) am 27. August 2021 im Register für Biozidprodukte (R4BP) eingebrachten Antrags mit der R4BP-Case Nr. BC-QB069540-47 auf Verlängerung der Zulassung gemäß Art. 40 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (im Folgenden „BiozidVO“) in Verbindung mit Art. 5 Abs 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 492/2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Bestimmungen für die Verlängerung von Zulassungen für Biozidprodukte, die Gegenstand der gegenseitigen Anerkennung waren (im Folgenden „VO (EU) 492/2014“) ergeht durch die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie als zuständige Behörde nach § 3 Biozidproduktegesetz, BGBl. I Nr. 105/2013 idgF folgender

S p r u c h

Gemäß Art. 40 der BiozidVO in Verbindung mit Art. 5 Abs. 4 VO (EU) 492/2014 wird der Bescheid GZ. 2021-0.327.365 vom 7. Mai 2021 iVm Bescheid GZ. 2020-0.487.917 vom 5. August 2020 für das Biozidprodukt

MYOCURATTIN-ToxChoc

mit den Handelsnamen und der Zulassungsnummer:

MYOCURATTIN-ToxChoc

alpharatan-Fraß-Gel

AT-0001673-0000

Ezinger´s Nagertod Paste

bezüglich der Zulassungsdauer wie folgt abgeändert:

Das im Bescheid, GZ. 2020-0.487.917 vom 5. August 2020, festgelegte Ende der Zulassung mit 28. Februar 2023 **wird bis zum Ablauf des 1. Juli 2024 verlängert.**

Die Anlage 1 zum Bescheid GZ. 2021-0.327.365 vom 7. Mai 2021 wird durch die Anlage 1 des gegenständlichen Bescheides ersetzt. Alle sonstigen Auflagen und Bedingungen sowie Anwendungsbestimmungen dieses Bescheides bleiben unverändert.

Die Zulassung wird mit den folgenden Auflagen und Bedingungen erteilt:

Gemäß Art. 40 der BiozidVO in Verbindung mit Art. 5 Abs 4 VO (EU) 492/2014 wird das genannte Biozidprodukt bis zum Ablauf des 1. Juli 2024 verlängert, vorbehaltlich einer anderslautenden Entscheidung über die Verlängerung der Genehmigung des Wirkstoffes und/oder der Zulassung des Biozidproduktes im Referenzmitgliedstaat.

Gleichzeitig wird die Änderung des Zulassungsendes in das gemäß § 6 BiozidprodukteG im Namen der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bei der Umweltbundesamt GmbH geführte Biozidprodukte-Verzeichnis aufgenommen.

B e g r ü n d u n g

Auf Grund des von der Antragstellerin eingebrachten und am 8. März 2019 eingelangten Antrages wurde von der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zuletzt mit Bescheid GZ. 2020-0.487.917 vom 5. August 2020

für das Biozidprodukt „MYOCURATTIN-ToxChoc“ und den damit verbundenen Handelsnamen die Zulassung im Wege der gegenseitigen Anerkennung bis 28. Februar 2023 erteilt.

Gemäß Art. 40 der BiozidVO in Verbindung mit Art. 3 Abs 1 VO (EU) 492/2014 der BiozidprodukteVO ist der Antrag auf Verlängerung einer nationalen Zulassung von der Inhaberin einer Zulassung mindestens 550 Tage vor Ablauf der Zulassung bei der befassten zuständigen Behörde einzureichen. Dieser Antrag wurde am 27. August 2021 von der Antragstellerin im Register für Biozidprodukte (R4BP-Case Nr. BC-QB069540-47) fristgerecht eingebracht.

Das gegenständliche Biozidprodukt enthält den Wirkstoff Difenacoum. Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2017/1379 der Kommission vom 25. Juli 2017 wurde das Ablaufdatum der Genehmigung von Difenacoum zur Verwendung in Biozidprodukten der Produktart 14 (Rodentizide) mit 30. Juni 2024 festgelegt.

Aus Gründen der Effizienz wurde im Dokument *CA-Jun21-Doc.4.1* von den zuständigen Behörden für Biozidprodukte eine Vereinbarung über die harmonisierte Vorgehensweise bei der Verlängerung der Zulassungen für Biozidprodukte mit diesem Wirkstoff getroffen. Die genannte Vereinbarung sieht vor, dass die geltenden Zulassungen der Biozidprodukte der Produktart 14 mit den Wirkstoffen Difethialon, Difenacoum, Chlorphacinon, Bromadiolon, Coumatetralyl, Flocoumafen, Brodifacoum und Warfarin bis zum Ablauf des 1. Juli 2024 zu verlängern sind, sofern der Antrag auf Verlängerung fristgerecht eingebracht wurde.

Aus Gründen, die die Inhaberin einer Zulassung nicht zu verantworten hat, wie im vorliegenden Fall, kann die zuständige Behörde gemäß Art. 40 der BiozidprodukteVO in Verbindung mit Art. 5 Abs. 4 VO (EU) 492/2014 eine Verlängerung der Zulassung für Biozidprodukte, die Gegenstand der gegenseitigen Anerkennung waren, für den Zeitraum erteilen, der für den Abschluss der Bewertung erforderlich ist. Die Dauer der Verlängerung der Zulassung richtet sich nach jenem Zeitraum, den der Referenzmitgliedstaat hierfür vorgesehen hat.

Der Referenzmitgliedstaat Deutschland hat das Biozidprodukt bis **1. Juli 2024** amtswegig verlängert. Deshalb ist die Zulassung von Amts wegen für das oben genannte Biozidprodukt ebenso bis **1. Juli 2024** zu verlängern.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist das Rechtsmittel der Beschwerde an das zuständige Landesverwaltungsgericht Wien zulässig. Die Beschwerde ist innerhalb von vier Wochen ab Zustellung beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie schriftlich im Postwege einzubringen.

Sie hat den Bescheid zu bezeichnen, gegen den sie sich richtet. Zudem hat die Beschwerde die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.